

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	41
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	-
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	30.09.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Raab (AfU)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Klimafahrplan (Pkt. 1c) Bericht zum CO2-Restbudget - mündlicher Bericht -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Raab berichtet im Sinne der angehängten Präsentation. Sie ergänzt, für die rasche Umsetzung des Baus der Nah- und Fernwärmenetze sowie für eine umfassende Beratung der Gebäudenutzer hinsichtlich der energieeffizienten Maßnahmen benötige die Verwaltung zusätzliche personelle Unterstützung. Dies betreffe ebenso den Bereich des Ausbaus der Arbeitsgruppe Unternehmen zum Klimaneutralitätsnetzwerk. Auf Grundlage der Folie 28 der Präsentation geht Frau Raab auf die Beantwortung des Antrags Nr. 274/2022 (Die FrAKTION) vom 31.08.2022 ein.

BM Pätzold betont, die ausführliche Präsentation habe die Verwaltung für erforderlich erachtet, damit ersichtlich werde, welche zahlreiche Maßnahmen hinsichtlich des Klimafahrplans bereits ergriffen worden seien und sich in der Umsetzung befänden. In Bezug auf die Installation von PV-Anlagen auf den Dächern bestehe eine Kooperation der SWS mit der SWSG. Diese treffe ebenso auf die anstehende Zusammenarbeit mit den Baugenossenschaften im Bereich der PV-Anlagen sowie der Errichtung von Wärmenetzen zu.

In Bezug auf den eindrucksvollen Vortrag von Herrn Hauser (Netze BW) im Rahmen der vorherigen Tagesordnungspunkte betont StRin Munk (90/GRÜNE), die den Gasfluss betreffende zweite Folie der Präsentation von Frau Raab habe aufgezeigt, dass

die privaten Haushalte die größten Gasverbraucherinnen und -verbraucher seien. Zum einen solle bei der Energieerzeugung auf regenerative Energien umgestellt werden und zum anderen generell Energie eingespart werden. Die größte Herausforderung stelle der private Gebäudebereich dar. Angesichts der verschiedenen Ebenen der haushaltsrelevanten Förderprogramme sei eine zentrale Schaltstelle wichtig. Aus der McKinsey-Studie sei hervorgegangen, dass 11 Mrd. Euro bis zum Jahr 2035 in der gesamten Stadt investiert werden müssten. Zudem sei ausgesagt worden, falls diese Summe nicht investiert würde, würden sich erheblich höhere Kosten ergeben. Da nicht lediglich eine Energiekrise, sondern ebenso eine Klimakrise bestehe, bedeute dies, die bisherigen, oftmals erfolgreichen Anstrengungen würden zukünftig wesentlich mühsamer werden, um das Klimaziel zu erreichen. Hierzu müssten sämtliche Instrumentarien der Förderung gezogen werden, um eine breite Wirkung zu erzielen. Ohne die privaten Gebäudebesitzer\*innen und Unternehmen könne das Klimaziel nicht erreicht werden.

Sehr viel Verantwortung bei der Einbeziehung liege bei den städtischen Ämtern. Ebenso bestehe in der Stadt die Architektenkammer Baden-Württemberg sowie die Handwerkskammer, auf die im Rahmen der Gebäudesanierung zugegangen werden könne. Da die Gebäudealter ähnlich strukturiert seien, sollten hierbei serielle Sanierungsmodulle dargestellt werden. Neben der Förderung stelle dieses Vorgehen ein weiteres Handlungsfeld dar. Für ihre Fraktion sei die Vorlage einer Förderkulisse erst im Sommer 2023 zu spät. Daher sollten entsprechende Entwürfe zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt werden, um im Rahmen der im Frühsommer 2023 beginnenden Haushaltsberatungen gut vorbereitet zu sein. Der Aspekt der Stadtsanierung müsse von den Gebieten her anders gedacht werden. So müssten in den mit Nahwärmenetzen vorbereiteten Gebieten Stadtsanierungen ohne Förderung des Landes angegangen werden. Auf diese Weise könnten die Abschreibungsmöglichkeiten für die privaten Eigentümer\*innen gemäß § 7h Einkommensteuergesetz (EStG) geltend gemacht werden. Im Bereich der Freiflächen-PV-Anlagen und der Windenergie werde im Zuge des Regionalplans einiges bewegt. Auch die Landeswasserversorgung strebe beispielsweise Agri-PV-Anlagen an, um eine Energieautarkie zu erreichen. In diesem Bereich werde eine dezentrale Einspeisung benötigt. So müssten u. a. entlang den Autobahnen dringend Freiflächen geschaffen werden.

StR Sakkaros (CDU) betont, der Vortrag von Frau Raab habe die Bedeutung der zahlreichen Handlungsfelder aufgezeigt. Es sei laut aktuellen Berechnungen bekannt, dass das für Deutschland geltende CO<sub>2</sub>-Budget generell im Mai aufgebraucht sei. Es stelle sich die Frage, wie sich die Situation in der LHS darstelle und wie andere Städte im Vergleich zur Stadt aufgestellt seien. Falls ein derartiger Vergleich noch nicht erstellt sein sollte, sollte dieser erstellt werden. Schließlich messe sich die LHS damit, wieviel sie an CO<sub>2</sub> im Vergleich zu anderen Städten einspare. Der Vergleich solle eine Bestätigung für die erfolgreichen Maßnahmen in der Stadt sein. Hinsichtlich des Rückbaus des Niederdruckgasnetzes stelle sich die Frage, ob dieses zu dem Zeitpunkt, an dem Wasserstoff relevant werde, benötigt werde. An StRin Munk gewandt betont der Stadtrat, im Rahmen der Regionalplanung sollten Freiflächen im Außenbereich geschaffen werden und die Windkraft vorangetrieben werden. Allerdings sei nach 11 Jahren Grüner Regierung und einem Grünen Oberbürgermeister sehr wenig geschehen. Dies sei bedauerlich, da entsprechende Flächen auf der Stuttgarter Gemarkung vorhanden seien, was ihm aufgrund der Aufsichtsratssitzungen der SWS bekannt sei. In Bezug auf die Nahwärmenetze erkundigt sich StR Sakkaros hinsichtlich der auf den Folien 10 und 11 dargestellten blau gefärbten Punkte, ob dies die Zentrale der Energiegewinnung markiere. Die rot aufgeführten Linien stellten offenbar das Netz dar. Es stelle sich die Frage, ob

es nicht effizienter sei, den Bereich der Energiegewinnung zentral zu platzieren. Zudem würden sich die Temperaturen in den äußeren Netzbereichen niedriger darstellen. Daher sei es möglicherweise sinnvoller, angesichts der dortigen Rücklauftemperaturen von 20 Grad zusätzlich Wärmepumpen anzukoppeln. Diese würden die Wärme aufgreifen und die Temperaturen hochskalieren.

Die Unterstützung der Privatpersonen sei begrüßenswert. Er habe vor der Sommerpause einen Antrag in Bezug auf Smart-Home-Anwendungen gestellt und damit hitzige Diskussionen verursacht. Er selbst sei ein großer Anhänger dieser Technik, und sie funktioniere sehr gut. Hinsichtlich der auf Folie 22 unter der Überschrift "Klimaneutrale Nichtwohngebäude" aufgeführten Sanierung der Kellerdecken, betont StR Sakkaros, seine Wohnung im Erdgeschoss sei beispielsweise nicht gedämmt, und er würde diesbezügliche Förderprogramme begrüßen. Die Ertüchtigung des Stromnetzes sei angesprochen worden, und dies stelle ein wichtiges Thema dar. Er sei ein Anhänger des PV-Ausbaus, und die dezentrale Stromversorgung solle über Speicher, Batterien oder sonstige zur Verfügung stehende Medien gestärkt werden.

Er könne das Anliegen von BM Pätzold nachvollziehen, die bereits durchgeführten Maßnahmen aufzuzeigen, so StR Dr. Jantzer (SPD). Bei aller Unruhe über die Umsetzungsgeschwindigkeit werde diese Unzufriedenheit durch die bereits erbrachte Leistung gemindert. Gleichzeitig seien zwei Dinge eines im Juli gemeinsam beschlossenen Antrags sehr wichtig: "Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Umsetzungskonzepte für die Maßnahmen der Studie 'Net-Zero-Stuttgart' bis zum Herbst auszuarbeiten. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine geeignete Organisationsstruktur vorzulegen." Dies bedeute, aus der bislang praktizierten Arbeitsweise ein Stück weit auszuberechnen und zu prüfen, wie mehr Griffbarkeit erreicht werden könne. Frau Raab habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ressourcen für die Umsetzung einiger Maßnahmen grenzwertig seien. Es sei wichtig, die Steckbriefe und die Maßnahmen als Gesamtheit zu betrachten und zu prüfen, mit welchen Ressourcen die Verwaltung dies bewerkstelligen könne. Die Einigkeit, sich auf regenerative Energien bis zum Vorliegen der Gesamtpläne fokussieren zu müssen, sei begrüßenswert. Es sei wichtig, dass die Stadtverwaltung, die SES sowie das Energieberatungszentrum (EBZ) gemeinsam einen Plan für die Umsetzung der Maßnahmen besäßen. Ebenso müsse das für den Herbst beschlossene Umsetzungskonzept gemeinsam bewertet und diskutiert werden.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, aufgrund der umfassenden, allerdings kurzfristig verschickten Präsentation falle es ihm schwer, sich zu allen darin aufgeführten Punkten zu äußern. Vor der Sommerpause sei die Klimaneutralität der LHS im Jahr 2035 beschlossen worden. Dieses Ziel bestehe auf der strategischen Ebene, und während der Sommerpause seien die Maßnahmenpläne durch das Beratungsunternehmen McKinsey verschickt worden. Ihm fehle allerdings das Gesamtverständnis, wie in Bezug auf den Klimafahrplan vorgegangen werde: So sei nicht klar, welche Rolle die Steckbriefe, das Unternehmen McKinsey, das AfU, die SWS sowie das neue Grundsatzreferat in dem Prozess spielten. Die Präsentation erwecke bei ihm den Eindruck, das AfU wolle zeigen, dass es während der Sommerpause gearbeitet habe. Allerdings sei dies aus gesamtstädtischer Sicht nicht geeignet, um die enorme Aufgabe zu bewältigen, denn es würden im Rahmen einer Kooperation wesentlich mehr Beteiligte und neue Prozesse und Ressourcen benötigt. Es reiche nicht aus, die Herausforderungen lediglich von Amtsseite aus zu betrachten: So werde nicht nur bei der Stadt zusätzliches Personal, sondern ebenso zusätzliche Organisationseinheiten benötigt. Diese müssten Solaranlagen und Wärmenetze installieren. Zudem müss-

ten die Wirtschaftspläne an das neue Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 angepasst werden. Die SWS würden schlussendlich keine Solarzellen oder Holzbauten herstellen. Daher würden wirtschaftliche Kooperationen oder Einheiten benötigt, damit diese den SWS als ausführende Unternehmen zur Verfügung stünden. Die SWS sollten die Maßnahmen nicht nur planen, sondern benötigten Beschäftigte. Die Wärmenetzprojekte befänden sich lediglich in Studium 6, und keines sei fertiggestellt. Angesichts einer avisierten Sanierungsquote von 4,5 Prozent werde klar, dass das Energiesparprogramm nicht die hierfür benötigten Mittel umfasse. So reichten für die Sanierung von 14.000 Gebäuden die Mittel nicht aus. Etwa 50 Mio. Euro Fördermittel würden hierfür pro Jahr benötigt. In Hinblick auf die fehlenden personellen Ressourcen müssten rasch entsprechende Beschlussvorlagen für den Nachtragshaushalt erstellt werden, es könne hiermit nicht bis auf die Doppelhaushaltsplanberatungen gewartet werden.

Mit dem Beschluss zur Klimaneutralität im Jahr 2035 sei gleichzeitig ein Sondervermögen verbunden. Er werde sich nicht mehr an Diskussionen in Bezug auf einen ausgeglichenen Haushalt beteiligen, so StR Rockenbauch. Bei der Energiewende führten einige Investitionen erst nach 20 Jahren zu einem ausgeglichenen Haushalt, seien jedoch unbedingt nötig. Der Gemeinderat bewege sich sehr vorsichtig, wenn es darum gehe, der Verwaltung und den SWS entsprechende Ressourcen zu ermöglichen. Große Schwierigkeiten bereite ihm die Betrachtung der Reduktionspfade, so der Stadtrat. Es seien ausgiebige Diskussionen über die Höhe des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes pro Kopf in der Stadt geführt worden. Für diesen Pro-Kopf-Verbrauch sei eine nicht ausreichende Definition festgelegt worden. Während hierbei die Energieströme betrachtet würden, fehlten jedoch die stofflichen Ströme und die außerterritorialen Aspekte wie der Flughafen in Gänze. Auch ein Flughafen müsse sich an die Klimaziele halten, was nicht lediglich für den Betrieb gelte. Dieser Aspekt sei allerdings bei der Betrachtung des zur Verfügung stehenden CO<sub>2</sub>-Budgets wichtig. Er trage Sorge, dass dieses Thema zu optimistisch betrachtet werde, da der derzeitige Verbrauch zu gering und das verfügbare Budget zu groß angesetzt werde. Im McKinsey-Gutachten werde ausgesagt, das CO<sub>2</sub>-Budget umfasse 30 Mio. Tonnen. Während die Stadt berechnet habe, sie liege unter diesem Budget, hätten seine Berechnungen ein Budget von maximal 20 Mio. Tonnen ergeben, so StR Rockenbauch. Dies liege an den nicht eingepreisten, zu wenig umgesetzten Maßnahmen. Das von der Verwaltung aktuell berechnete und aus dem globalen Budget abgeleitete CO<sub>2</sub>-Budget liege um ein Drittel zu hoch, und es seien hierbei keine historischen Immissionen berücksichtigt. Bei der heutigen Betrachtungsweise liege der Fokus auf der Energie und dem Klimaschutz. Das Fehlen des Verkehrs und der Ernährung in der Gesamtbetrachtung kritisiert der Stadtrat.

StR Rockenbauch habe mehrere Aspekte zu Recht angeführt, so StR Dr. Oechsner (FDP). Allerdings führten einige dieser Aspekte und die Erstellung einer Gesamtstrategie zu einer Verzögerung der Umsetzung der Maßnahmen. Der Vortrag von Frau Raab habe die zahlreichen Aktivitäten der Verwaltung aufgezeigt, wobei nun auch Ergebnisse benötigt würden. Zu Beginn eines Projekts seien die Schritte einfacher, und die SWS müssten hierbei eingebunden werden. Allerdings müsse zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in Gänze klar sein, welcher Akteur in welcher Weise welche Maßnahme durchführe. Derzeit sei beispielsweise noch nicht bekannt, welche Technologien in einigen Jahren verfügbar seien, die zu einer wesentlich zügigeren Umsetzung der Maßnahmen führen würden. Sehr wichtig sei das Thema Solarenergie, wobei für die Installation der Anlagen geeignete Förderprogramme seitens der Energieversorgungsunternehmen und der Stadt für Besitzer südlich ausgerichteter Dächer zu vermissen seien. Schließlich seien genügend Besitzer von Dächern vorhanden, die möglicherweise nicht über aus-

reichende finanzielle Mittel verfügten, die Installation der Anlagen selber durchzuführen. Bei Vorhandensein derartiger geeigneter Förderprogramme würde die LHS einen raschen Schritt im Bereich der Solarenergie vollbringen. Grundsätzlich stelle das Erreichen der Klimaneutralität bei zum Jahr 2035 eine große Herausforderung für die Unternehmen, die Gebäudebesitzer, die Nutzer, die Stadt sowie die Energieversorgungsunternehmen dar. Allerdings sei er optimistisch gestimmt, dieses Ziel zu erreichen, so StR Dr. Oechsner.

StR Ozasek (PULS) betont, es sei wohltuend, in welcher fachlichen Tiefe sich das AfU bei den Prozessen im Vergleich zu dem "Buzzword-Bingo" (inhaltslose Verwendung zahlreicher Schlagwörter) von McKinsey befinde. In diesem Vergleich werde deutlich, bei welcher Institution Substanz bestehe und bei welcher Institution das nicht der Fall sei. Seine Fraktionsgemeinschaft sei gerne bereit, der Verwaltung entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dies gelte insbesondere auch für zusätzliches Personal in Bezug auf die anstehenden Beratungen im kleinen Stellenplan. Er äußert die Bitte an BM Pätzold, sein Referat möge hierzu entsprechende Vorschläge unterbreiten. Ziel müsse sein, dass die Gesamtsteuerung für den Klimafahrplan beim AfU (Abteilung Energiewirtschaft) liege. Die Fraktionsgemeinschaft PULS wolle keine Hinzuziehung einer externen Projektsteuerung, da die Kompetenzen und die nötige Erfahrung im AfU gesehen würden. In Bezug auf das dargestellte Energieflussdiagramm (Folie 2 der Präsentation) verweist der Stadtrat auf die dort aufgeführte feine grüne Linie. Diese betreffe die Erzeugung der erneuerbaren Energien im Stadtgebiet, und hier manövriere man im Windschatten der bundesdeutschen Stromwende. Eigene Anstrengungen im Stadtgebiet zur Energiewende fänden bislang de facto nicht statt. Es sei entscheidend, in diesem Bereich die nötige Dynamik zu erreichen. Ebenso werde aus dem Energieflussdiagramm die Abhängigkeit von fossilen Energien deutlich. In Bezug auf die Regionalplanung betont der Stadtrat, der Grünzug stelle keine absolute Hürde u. a. für Freiflächen-PV-Anlagen dar. Seine Fraktionsgemeinschaft unterstütze aktiv bei Zielabweichungsverfahren, was bedeute, auf Basis der neuen Windpotenzialkartierung die entsprechenden Türen für Projektierer gemeinsam mit dem Regierungspräsidium zu öffnen. Die Restriktionen seien an dieser Stelle nicht derart hart wie oftmals dargestellt. In der LHS müsse die Diskussion um die Bernhardshöhe als Standort für Windenergieanlagen geführt werden.

Hinsichtlich der Nahwärmenetze sei es interessant, was das Land im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes in Bezug auf den Anschluss- und Benutzungszwang plane. Dieser könne im Zweifel ausgesprochen werden, sofern die Hauseigentümer nicht freiwillig überzeugt werden könnten. Bezüglich der Fokusgebiete äußert der Stadtrat die dringende Bitte, bei der Schaffung von Energiezentralen keine fossilen Energieträger wie beispielweise Erdgas zu nutzen. Wie aus dem Energieflussdiagramm hervorgehe, würden Blockheizkraftwerke im Wesentlichen mit Erdgas bespeist. Es würde ein falsches politisches Signal darstellen, in diesem Bereich - auch übergangsweise - auf fossile Energien zu setzen. Ebenso äußert der Stadtrat die Bitte, keine Projekte mit Wasserstoff aufzulegen. Dieser werde in industriellen Kernsektoren benötigt und stehe nicht in der Menge zur Verfügung, um ihn in Quartierswärmekonzepten zu nutzen. Im Wärmesektor solle der Wasserstoff nicht eingesetzt werden. In Bezug auf das Thema Gebäudesanierung stimmt StR Ozasek den Ausführungen von StRin Munk zu, wesentlich stärker in den Bereich des seriellen Sanierens einzusteigen. Dies betreffe die fabrikmäßige Vorfertigung von Gebäudemodulen. In diesem Zusammenhang sei mittlerweile das "Energiesprung-Prinzip (niederländisch: Energiesprung)" ein Begriff und sei sehr erfolgreich in den Niederlanden etabliert. Hierzu müssten die Förderrichtlinien

entsprechend angepasst werden. Ebenso sei es sehr sinnvoll, PVT-Anlagen als eine Kombination von Solarthermie und Photovoltaik zu fördern und die Richtlinien mitaufzunehmen. In Bezug auf die Förderrichtlinien müsse eine politische Diskussion hinsichtlich der Frage der Klimagerechtigkeit erfolgen. Zu guter Letzt schreibe das Land nun eine PV-Pflicht für die Dächer vor. Hierzu stelle sich die Frage, ob die Stadt zu diesem Aspekt noch hinterherfördern müsse - insbesondere in Fällen, in denen die Installation derartiger PV-Anlagen keine ökonomische Belastung darstelle. Falls die Fördergelder zur Neige gingen, dann deshalb, weil Nutzer\*innen Gelder beantragten, die es nicht nötig hätten. Über die Notwendigkeit von Förderungen, um ökonomische Härten abzufangen, müsse eine Diskussion geführt werden.

Die Nutzung der landwirtschaftlichen Freiflächen sei ihm im Vortrag von Frau Raab zu kurz gekommen, betont StR Currle (CDU). Dieses Thema sei flapsig von StRin Munk und StR Ozasek angeführt worden. Dabei stellten die landwirtschaftlichen Flächen ein sehr wichtiges Thema dar, da sie insbesondere im Großraum Stuttgart täglich abnehmen. Daher sollte mit diesen Flächen sorgfältig umgegangen werden. In diesem Zusammenhang werde in der letzten Zeit verstärkt von der regionalen Produktion und dem Nahrungsmittelkreislauf gesprochen. Auf Stuttgarter Gemarkung befänden sich zahlreiche Hangflächen, die nicht mehr genutzt würden und verbuschten. Dabei handle es sich teilweise sogar um ehemalige Weinberge an Südhängen, auf denen in großem Stil PV-Anlagen errichtet werden könnten. Um derartige Anlagen könne ein Zaun errichtet und Schafe angesiedelt werden, sodass die Landschaft gepflegt werde. Dagegen dürften landwirtschaftliche Flächen nicht für die Errichtung von PV-Anlagen u. ä. genutzt werden. Hinsichtlich des auf Folie 12 der Präsentation aufgeführten Baus klimaneutraler Wärmenetze im Bestand sei auf der Liste zu Beginn der Stadtteil Hoffeld aufgeführt. Dieser Stadtteil sei völlig ungeeignet für PV-Anlagen, da er überwiegend schattig sei. Der Energieertrag würde dort daher erwartungsgemäß gering sein. Dagegen kann sich StR Currle einige Randgebiete am Flughafen für die Errichtung von PV-Anlagen vorstellen. Er erkundigt sich hinsichtlich der Wärmeentnahme der neckaraufwärts liegenden Städte, ob für die LHS noch genügend Wärme verbleibe.

StRin Munk betont in Bezug auf die umfangreichen Steckbriefe, ihre Fraktion wünsche sich die Behandlung dieses Themas in der nächsten Sitzung des AKU. Ihrer Auffassung nach werde unter diesem TOP in der heutigen Sitzung die Ziffer 1c des Klimafahrplans behandelt. Ein weiteres Thema stelle die Organisationsstruktur dar: Auf ihre Frage, zu welchem Zeitpunkt die weiteren Ziffern zu diesem Thema behandelt werden sollten, betont Herr Körner (S/OB), die Organisationsstruktur sei unter Ziffer 7b des Beschlusses des Gemeinderats aufgeführt. Unter dieser Ziffer sei die Verwaltung beauftragt worden, einen Vorschlag für eine geeignete Organisationsstruktur vorzulegen, mit der der städtische Beitrag zur Umsetzung des Klimafahrplans effektiv und zielführend umgesetzt werden könne. Aktuell setze dies die Verwaltung zweigleisig um: Zum einen hätten sich die Referate SWU und S/OB auf zwei Arbeitsgruppen zur Klimaanpassung (federführend AfU) und für Energie und Klimaschutz sowie einen Lenkungskreis des Oberbürgermeisters geeinigt. Zudem sei vereinbart worden, die SWS zu einem früheren Zeitpunkt einzubinden. Gleichzeitig werde die Verwaltung dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten, wie der darüberhinausgehende Auftrag zur Organisationsstruktur umgesetzt werden solle.

Die Verwaltung habe die Voraussetzungen an einen Reduktionspfad dargestellt, so BM Pätzold, damit das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 erreicht werden könne. Gleichzeitig seien die bereits durchgeführten Maßnahmen erläutert worden und berich-

tet worden, wie breit die Aufgabe insgesamt aufgestellt sei. In der gesamten Stadtverwaltung werde derzeit die Gesamtkoordination erstellt und die Aufgabenverteilung erarbeitet. An StR Rockenbauch gewandt betont der Bürgermeister, hierzu müsse zwar ein Plan aufgestellt werden, jedoch die Umsetzung bereits zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen. Daher gehe die Verwaltung auf zwei Ebenen vor: Diejenigen Aspekte, die der Verwaltung bekannt seien, würden umgesetzt. In Bezug auf die Gebäudesanierungen in der LHS sei eine erste Tranche erteilt worden. Dabei werde es im Rahmen der Koordination und Kommunikation eine Aufgabe sein, diese Themen zusammenzufassen und zu verteilen. Des Weiteren würden die gesamten Themen weiterentwickelt. Dabei seien die SWS in die Aspekte der Nahwärmenetze und des PV-Ausbaus miteingebunden. Die Verwaltung installiere keine PV-Anlagen auf den Dächern, sondern die SWS gemeinsam mit Handwerksunternehmen aus der Region. Im Bereich der Mobilität befinde sich derzeit der Klimamobilitätsfahrplan in Bearbeitung, was entsprechend Zeit benötige. Hierzu werde in den nächsten Haushaltsplanberatungen über die in diesem Zusammenhang stehenden Kosten und die erforderliche finanzielle und personelle Ausstattung diskutiert. Die SWS passten derzeit ihre Strategie an das Klimaziel und die aktuelle Situation an, was die SWSG bereits ebenso durchgeführt habe. Dieses Gesamtpaket müsse dann umgesetzt werden.

In Bezug auf die von StR Rockenbauch erwähnte CO<sub>2</sub>-Bilanzierung bestehe Einigkeit, insbesondere den Primärenergieverbrauch reduzieren zu müssen. Es könne natürlich eine theoretische Diskussion geführt werden, welche Stoffströme in die CO<sub>2</sub>-Bilanz aufgenommen werden könnten, was allerdings die Bilanz kompliziere und den gesamten Prozess verzögere. Die jeweiligen Prozesse müssten untersucht werden, und es bestehe die Aufgabe der Prüfung, an welchen Punkten in der Organisation und Kommunikation zusammengearbeitet werden könne. Mit der Einrichtung des Grundsatzreferats für Klimaschutz, Wohnen und Mobilität habe der Oberbürgermeister ein deutliches Zeichen gesetzt. Damit werde klar, dass gewisse zentrale Themen auf eine andere Weise gesteuert und koordiniert würden. Beispielsweise gehe es bei der Schulsanierung nicht lediglich um eine energetische Sanierung, sondern um zusätzliche Aspekte wie u. a. die Sanierung der sanitären Anlagen und den Ausbau der Schulen im Ganztagesbetrieb. All diese Aspekte müssten vereinbart und zusammengefasst werden. Die Umsetzung sei abhängig von dem zur Verfügung stehenden Personal. Derzeit herrsche ein Ansturm bezüglich des Themas der erneuerbaren Energien. Falls zum jetzigen Zeitpunkt eine PV-Anlage bestellt werde, sei diese nicht vor Herbst nächsten Jahres erhältlich. Er gehe davon aus, die deutsche Solarindustrie werde sich neu aufstellen, so BM Pätzold.

Herr Körner betont, in der sehr interessanten Präsentation von Frau Raab sei u. a. der Aspekt der Nahwärmenetze behandelt worden. Herr Drausnigg (SWS) und das AfU klärten derzeit gemeinsam ab, zu welchem Zeitpunkt die SWS rechtzeitig eingebunden werden müssten. Pläne seien zwar stets gut und wichtig, aber derjenige, der sie umsetzen müsse, solle hierbei möglichst frühzeitig eingebunden sein. Frau Raab habe in ihrer Präsentation hinsichtlich der Nahwärmenetze die Punkte 1 bis 8 aufgeführt. Hierzu würden die SWS und das AfU gemeinsam beraten, wann die SWS in den Prozess eintreten würden, was aus Sicht der Verwaltung so frühzeitig wie möglich erfolgen solle. Der Gemeinderat beschließe im Herbst über die Strategie der SWS. Bereits im Juli sei auf Vorschlag des Oberbürgermeisters eine Investitionsoffensive beschlossen worden. Bezüglich der städtischen Liegenschaften sei in der Präsentation u. a. der Begriff "kleine Gebäude" aufgeführt worden. Aufgabe der Verwaltung sei es, den Bestand insgesamt zu betrachten und einen Fahrplan zu erstellen, bei dem zu Beginn nicht die kleinen Gebäude Priorität hätten, sondern große Gebäudekomplexe wie das Klinikum Stuttgart,

welches 36 Prozent des Erdgases in der LHS verbrauche. Daher müsse als erstes im Fahrplan erwähnt werden, wie das Klinikum in den nächsten zehn Jahren auf erneuerbare Energien umgestellt werden könne. Es bestünden weitere rund 20 Objekte, bei denen beispielsweise ein Hallenbad, eine große Schule oder ein Abwasserkanal vorhanden sei. Hierbei müssten die SWS miteinbezogen werden. In Bezug auf das Thema Fernwärme müsse bei der Modernisierung eines Gebäudes auf andere Art und Weise vorgegangen werden als bei einem Neubau. Die auf Folie 27 aufgeführten Aspekte würden gemeinsam mit allen städtischen Ämtern in dem Maße konkretisiert, wie es der Gemeinderat im Juli beauftragt habe, um einen möglichst effektiven Beitrag zur Reduktion der stadtweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu leisten. Dabei spielten finanzielle und personelle Ressourcen stets eine Rolle, um dieses Ziel umsetzen zu können.

BM Pätzold betont, die Diskussion zu diesen Themen werde auch zukünftig weitergeführt. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme vom Bericht durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. *S/OB*  
*Strategische Planung*  
*S/OB-Mobil*  
*Klimaschutz*
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)  
SWS  
SWSG
  4. Amt für Revision
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand